46. 1. Verliert das Mitglied eines landesherrlichen Hauses im Sinne des § 97 St.G.B.'s diese Eigenschaft schon durch die formlos abgegebene Erklärung, die Wahl zum Regenten in einem deutschen Bundesstaate anzunehmen?

2. Bedarf die Übernahme der Regentschaft besonderer Förmlichkeiten?

III. Straffenat. Urtr. v. 14. März 1908 g. R. III 64/08.

I. Landgericht Rostock.

Gründe:

Der Revision des Angeklagten war der Erfolg zu versagen. Seine Verurteilung ist erfolgt auf Grund des § 97 St.G.B.'s (in

der früheren Fassung). Durch das Gesetz vom 17. Februar 1908 hat § 97 eine Abänderung erfahren und es könnte, da das neue Gesetz in dem am 26. Februar 1908 in Berlin ausgegebenen Reichsgesetzblatte veröffentlicht wurde, sonach gemäß Art. 2 der Reichsverfassung am 11. März 1908 in Kraft trat, die Frage aufgeworfen werden, ob nunmehr gegenüber dem Angeklagten die Bestimmungen des neuen Gesetzes anzuwenden seien. Diese Frage ist zu verneinen. Die Worte in § 2 Abs. 2 St.G.B.'s „bis zur Aburteilung der Handlung“ sind in dem Sinne zu verstehen: bis dahin, wo der Strafrichter ein Urteil über die Handlung abzugeben hat. Das tun aber nur der erste und der Berufungsrichter, nicht der Revisionsrichter, der lediglich über die erhobenen Revisionsangriffe zu entscheiden und zu prüfen hat, ob das ergangene Urteil auf einer Gesetzesverletzung beruht, also auf einer Verletzung gesetzlicher Bestimmungen, die zur Zeit der Aburteilung über die Handlung bereits galten (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 22 S. 347 [351]; Goldammer's Archiv Bd. 47 S. 159. 165). Die Anwendung des § 97 St.G.B.'s in der früheren Fassung ist daher nicht zu beanstanden.

Die weitere Prüfung der materiellen Beschwerde führt zu folgendem Ergebnis:

Nach der das Revisionsgericht bindenden Auslegung, welche die Strafkammer den beiden in Frage kommenden Artikeln gegeben, hat der Angeklagte gegen den Regenten von Braunschweig den Vorwurf erhoben, er habe sich aus Geldbrücksichten zur Übernahme der Stellung als Regent bereit finden lassen, er habe dabei lediglich seinen eigenen pekuniären Vorteil im Auge gehabt und gehe darauf aus, die Mittel des Braunschweigischen Staates pflichtwidrig für seine privaten Zwecke auszunutzen. Ohne Rechtsirrtum konnte die Strafkammer in diesem Vorwurf eine schwere Ehrverletzung des Regenten erblicken und zutreffend erscheint auch die Annahme, daß der gegen den Regenten gerichtete ehrverletzende Angriff durch die Tatsache, daß er die Annahme der Wahl zum Regenten von dem unverminderten Fortbestande der bisherigen Zivilliste abhängig gemacht hat, und durch den Gang der darauf bezüglichen Verhandlungen in keiner Weise gerechtfertigt wurde.

Die Beleidigung richtete sich, wie die Strafkammer gleichfalls einwandfrei ausführt, gegen ein Mitglied des Großherzoglich Mecklen-

burg-Schwerinschen Fürstenhauses. Die Strafkammer hat keineswegs verkannt, wie bei Beurteilung der Frage nach der „Mitgliedschaft des landesherrlichen Hauses“ davon auszugehen ist, daß nicht schon die ebenbürtige Abstammung vom gemeinschaftlichen Stammvater (bei Prinzessinnen auch die Vermählung) die Zugehörigkeit zum landesherrlichen Hause im Sinne des § 97 St.G.B.'s begründet, daß vielmehr noch hinzukommen muß, daß das betreffende Mitglied der hausherrlichen Familiengewalt des Souveräns unterworfen ist. Ihren Ausführungen in dieser Richtung ist mindestens insoweit unbedenklich zu folgen, daß der Regent von Braunschweig Mitglied des Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Hauses jedenfalls insoweit war, als er die Regentschaft noch nicht übernommen hatte. Er ist der Watersbruder des jetzt regierenden Großherzogs und war als solcher der Familiengewalt des Souveräns unterworfen. Hieran ändert der vom Beschwerdeführer geltend gemachte Umstand nichts, daß Herzog Johann Albrecht während der Minderjährigkeit des jetzt regierenden Großherzogs dessen Vormund und Regent des Landes war. Ob er zu jener Zeit der Familiengewalt des Großherzogs unterstand, kann unerörtert bleiben; keiner weiteren Ausführung aber bedarf es, daß er nach Beendigung der Regentschaft und Übernahme der Regierung durch den Großherzog in die Stellung eines der Familiengewalt des Souveräns unterworfenen Mitgliedes des landesherrlichen Hauses zurücktrat. Ob er diese Stellung durch Übernahme der Regentschaft in Braunschweig verlor, was die Strafkammer verneint, braucht nicht entschieden zu werden; denn mit der Strafkammer ist davon auszugehen, daß die Beleidigungen zu einer Zeit erfolgt sind, als Herzog Johann Albrecht die Regentschaft in Braunschweig noch nicht übernommen hatte, also nach obigen Ausführungen noch Mitglied des Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Hauses im vorerörterten Sinne war. Die Beleidigungen sind begangen am 29. und 30. Mai 1907. Am 28. Mai war Herzog Johann Albrecht von der Braunschweigischen Landesversammlung zum Regenten gewählt worden. Die Wahl wurde ihm telegraphisch gemeldet und noch am 28. Mai teilte er dem Regenschaftsrate und dessen Vorsitzenden, Staatsminister v. D., die Annahme der Wahl telegraphisch mit. Zutreffend nimmt die Strafkammer an, daß sich mit dieser formlosen, „lediglich in den Rahmen des internen Geschäftsganges“ fallenden telegraphischen Mit-

teilung die Übernahme der Regentschaft, der Eintritt in die Rechte und Pflichten des Regenten, noch nicht vollzogen hatte. Es kann dahingestellt bleiben, ob eine Übernahme der Regentschaft in diesem Sinne erst durch das Patent vom 5. Juni 1907 (wofür dessen Wortlaut spricht) oder schon durch die am 1. Juni 1907 gegenüber der von dem Vorsitzenden des Regenschaftsrates geführten Deputation der Landesversammlung abgegebenen Erklärungen stattgefunden hat. Keinesfalls lag sie schon in der telegraphischen Annahmeerklärung vom 28. Mai 1907, schon um deswillen nicht; weil diese formlose Erklärung, wie auch die späteren Vorgänge ergeben, einen rein privaten Charakter hatte. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht der Vorgang vom 1. Juni 1907. An diesem Tage erschien bei dem Herzog Johann Albrecht in Wiligrad eine Abordnung der Landesversammlung unter Führung des Vorsitzenden des Regenschaftsrates, Staatsministers v. D., „zur förmlichen Übermittlung des Ergebnisses der Wahl“ mit dem Auftrage, dem Herzog das Schreiben des Regenschaftsrates zu überreichen, das unter Bezugnahme auf die Wahl um deren Annahme bat. Dieser Abordnung gegenüber erklärte der Herzog: „Ich nehme hiermit die Wahl zum Regenten des Herzogtums Braunschweig an.“ Wäre eine rechtswirksame Annahmeerklärung schon mit der telegraphischen Mitteilung vom 28. Mai beabsichtigt gewesen, so wäre nicht abzusehen, weshalb am 1. Juni der Herzog förmlich um Annahme der Wahl gebeten wurde und er alsdann ausdrücklich erklärte, er nehme hiermit die Wahl an. Es kommt dazu, daß die Erklärung vom 28. Mai nur gegenüber dem Regenschaftsrat und dessen Vorsitzenden, nicht aber gegenüber der Landesversammlung, der nach § 6 des Braunschweigischen Gesetzes vom 16. Februar 1879 (Gesetze und Verordnungen, Sammlung 1879 Nr. 3 S. 5) die Wahl des Regenten zusteht, abgegeben war.

Ein Eintritt des Herzogs Johann Albrecht in die Rechte und Pflichten eines Regenten von Braunschweig hatte also keinesfalls vor dem 1. Juni 1907 stattgefunden; erst von diesem Eintritt ab konnte aber, wenn überhaupt, ein Ausscheiden des Herzogs aus der Mecklenburg-Schwerinschen Familiengewalt in Frage kommen. Am 29. und 30. Mai war er sonach noch unbedingt „Mitglied des Mecklenburg-Schwerinschen Hauses“ im Sinne des § 97 St.G.B.'s. Hiernach bedarf, wie schon erwähnt, auch die Frage keiner weiteren Prüfung,

ob Herzog Johann Albrecht dadurch, daß er Regent in Braunschweig wurde, aus der hausherrlichen Familiengewalt des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin ausschied, und ob die Erwägungen, auf Grund deren der IV. Straffenat im Urteile vom 16. September 1892 (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 23 S. 239) diese Frage hinsichtlich des früheren Regenten in Braunschweig um deswillen verneinte, weil der Regent die dem Landesfürsten zustehende Gewalt in dessen Namen ausübe, nur den verhinderten Landesherrn in allen staatlichen Beziehungen vertrete und nicht selbst Souverän sei, mit Rücksicht auf die eigenartigen staatsrechtlichen Verhältnisse gerade in Braunschweig durchweg zutreffen.

Der subjektive Tatbestand des Vergehens nach § 97 St.G.B.'s ist einwandfrei mit prozessual ausreichender Begründung festgestellt. Einer ausdrücklichen Feststellung, daß der Angeklagte sich des beleidigenden Charakters der in den Artikeln enthaltenen Vorwürfe bewußt war, bedurfte es weder nach der Sachlage noch nach der Verteidigungsweise des Angeklagten; daß aber dieser sich über die Zugehörigkeit des Herzogs Johann Albrecht zum Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Hause zur Zeit der Beleidigung nicht im Irrtum befunden hat, stellt die Strafkammer ausdrücklich fest. . .